

Die Aussichten der Preisgestaltung

Im Rathause waren gestern, wie wir untenen Lesern bereits kurz mitteilten, Vertreter der Handels- und Gewerbebeamter, des Innungs- auschusses, verschiedener Groß- und Detailhändlerverbände, sowie der Kaufleute zusammengekommen, um über die zunehmende Teuerung und ihre Abwehr zu beraten. Der Zusammenkunst lag eine Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums zu Grunde, nach der Besprechungen zwischen den Preisprüfungsstellen und verschiedenen Produzenten die wirtschaftlichen Zusammenhänge klarstellen und einer breiteren Öffentlichkeit mitteilen sollen.

Man war sich bei der Besprechung, das belohnt auch Stadtrat Eißth, der die Versammlung leitete, von vornherein klar, daß man mit einer solchen die Teuerung nicht meistern könnte, aber man hoffte, durch sie die Erkenntnis von den Ursachen der Teuerung verbreiten zu können. Ob dies gelungen ist, muß allerdings dahingestellt werden. Die an der Aussprache Beteiligten stehen alle in so intimer Verbindung mit dem Wirtschaftsleben, daß sie längst die Ursachen der kriselnden Lage überdraut haben, und auch für die breitere Öffentlichkeit ist bei der Besprechung kaum besonderes herausgehoben, denn so viel weiß heute schon jeder, daß die leidige Valutafrage in vielen Punkten — nur auch nicht in allen, wie oft behauptet wird — die Quelle des Übels ist, und daß diese wieder durch unsere Reparationsverpflichtungen beeinflußt wird. Da ist es natürlich leicht, hier in Leipzig von der Notwendigkeit der Stabilisierung der Valuta zu sprechen, oder eine Spurwendung der Reparationsleistungen wenigstens für einige Zeit zu verlangen — an all diese Sachen haben die führenden Männer in der Reichsregierung sicher auch schon gedacht, aber, wenn die Entente nicht will, sind die schönen Pläne vollkommen zwecklos.

Gehen wir nun zu den einzelnen Fragen über, die in der gefriegenen Besprechung behandelt wurden, so müssen wir feststellen, daß den bürgerlichen Kaufleuten die Behandlung der Kartoffeln zustehen. Die Kaufleute haben dabei nicht eben gut weg, in Sachsen mögen sie zum ganzen Teil ihre Kartoffeln den Konsumenten überlassen haben, aber sonst im Reich sind sie viel zurückgehalten zu werden, auch verschieden wird eine ganze Menge, wie ja bereits einwandfrei festgestellt ist, aber gleichwohl vorhandene Vorrat müßte immer noch ausreichen, um die Verdrehung hinreichend mit Kartoffeln zu verhindern, nur müßte die Regierung darüber zufassen und auf die Landwirte einen gewissen Druck ausüben, damit die Kartoffeln an den Konsumenten kommen. So ähnlich man, bei der Reichsregierung vorstellbar zu werden, darf als Mindestmaßnahme eine scharfe Bestandsausnahme bei den Landwirten erfolgen sollte; unter Umständen hilft man eine Bekämpfung eines Teiles der Ernte (etwa 10 Rentner für den Morgen) für angebracht.

Was die ausländischen Lebensmittel anlangt, so war man sich klar, daß wie bei diesen vollkommen von der Valuta abhängig sind, das gilt auch — wie ein Vertreter aus der Margarinefabrikation erklärte — von der Margarine, bei der ein Preisabsatz unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich ist, da man beim Bezug der Fette ganz auf Amerika angewiesen sei. Bei der Butter sah ein führender Leipziger Großfirma die Hauptlast in den Berliner und Hamburger Butterauktionsen, die bestimmt für die Butterpreise ganz Deutschlands seien und die Butter dort in die Höhe getrieben hätten, daß man heute z. B. in Leipzig die vorhandene Butter nicht abziehen könne. Es wurde Rücksicht davon gemacht, daß viele deutsche Butter nach Holland und Dänemark ausgeführt würden. Auch hier will man bei der Reichsregierung vorstellen und sie erzählen, die Butterauktionen abzubrechen und die Ausfuhr strengstens zu verbieten.

Gegen die Ausfuhr sprachen sich auch die Leipziger Händler aus. Die Preise der Seegüter sind enorm gestiegen (1 Pfund Kali um Ostern 12—15 Mark); nun liegt zwar kein Mangel an Seegütern vor, aber die Fälle der deutschen Reedereien wandern nach

Holland, Belgien und der Schweiz. Die Leipziger Händler fordern darum Sperrung der Grenzen für Islander- und Norddeutsche und wollen nur die Ausfuhr von Seegütern gestoppt wissen.

Bei der Behandlung der Preise für Tegel- und Schuhwaren herrschte bei den Kaufverbindungen Personen allgemein die Überzeugung, daß an einem Preisabbau nicht zu denken sei, ehe nicht eine Verbilligung der Lebensmittel dem weiteren Steigen der Löhne Einhalt gebiete. Das Bild, das die Besprechung austrug, war so für die Konsumenten nicht besonders günstig: aber es muß betont werden, daß das laufende Publikum zum Teil selbst davon schuld hat. Was allen Verkäuferkreisen dient, man immer wieder ja es wird ja nicht mehr vernünftig gehabt, es wird gehabt! Durch dieses Hamsternt aber ist die Unsicherheit in die ganze Geschäftslage gekommen, die Nachfrage gehalten den Preis und eine derartig gefetzte Nachfrage, wie sie in den letzten Wochen in allen Branchen geheerrscht hat, mußte auch den Preis außergewöhnlich steigen. Man kann nicht natürliche genug den Kaufmännischen Selbstzucht und Zurückhaltung empfehlen. Von verschiedenen Seiten wurde auch betont, daß bisher nur die Verbraucher der leidtragenden Teil gewesen sind, es werde aber jetzt, daß jetzt auch der Produzent, besonders auch der Exporteur, also die Landwirtschaft, mit Opfern bereit sei.

Brachte so die Versammlung wenig positive Ergebnisse, so scheint eine Anregung des Wertvolles der ganzen Aussprache zu sein, nämlich durch eine Zusammenkunft der Spartenorganisationen in Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft Nichtkämler festlegen zu lassen, die eine Stabilisierung der Lebensmittelpreise und danach eine Erhöhung der Lohn- und Gehaltspolitik ermöglichen. Sollte sich diese Lösung ermöglichen, so wäre damit der erste Schritt zur Besserung gelöst.

F. F. H.

Kartoffelanfragen im Landtag

Was soll die Regierung recht machen? Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Landtag hat folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: Was hat die Regierung unternommen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu erschwinglichen Preisen zu sichern? Der Deutschen Nationalen Fraktion sind dagegen die von Wirtschaftsministerium festgesetzten Kartoffelpreise, die sich nach den Preisnotierungen des Landeskulturrats richten, zu niedrig, weil diese Notierungen sich angeblich unter den im übrigen Deutschland erfolgten Notierungen bewegen. Sie fragt deshalb an: Ist sich die Regierung bewußt, daß durch ihr Vorgehen die Kartoffellieferungen aus dem übrigen Deutschland nach Sachsen verhindert werden? Die Deutsche Nationalen Fraktion will also, anders kann der Zweck der Anfrage nicht gedeutet werden, höhere Kartoffelpreise. Das ist bezeichnend für die Richtung, die in dieser Fraktion die Oberhand hat.

Kartoffelfranz im Dresden

Der Rat zu Dresden hat beschlossen, beim Wirtschaftsministerium Verzehrung dagegen einzulegen, daß die Verordnung vom 1. November dieses Jahres über Höchstpreise für Kartoffeln ohne Gehalt der Großstädte erlassen worden ist, da durch die Höchstpreisordnung die Kartoffelzufuhr aus Sachsen völlig lahmgelangt und die Infuhr aus außerstädtischen Gebieten außerordentlich erschwert worden ist. Es soll weiter beim Wirtschaftsministerium beantragt werden, falls Aufhebung der Höchstpreisordnung nicht möglich ist, der Stadt Dresden zur Verförgung ihrer Bevölkerung mindestens 500 000 Rentner Kartoffeln aus Sachsen nicht höheren als den festgesetzten Höchstpreisen zu zuzweisen und diese Menge wenn nötig für die Stadt nach der Höchstpreisordnung zu entgegnen.

Das sozialpädagogische Frauenseminar in städtischer Verwaltung

Die Übernahme des Sozialpädagogischen Frauenseminars in die städtische Verwaltung fand am Donnerstag mittag in dem Gebäude der Frauenhochschule, Königstraße 18–20, durch einen feierlichen Amt statt, an dem Vertreter der Stadt, der Universität, staatlicher Behörden, von Hochschulanstalten sowie zahlreichen Gästen teilnahmen. Nach einer kleinen einleitenden, von dem Amtsschöpfer unter Leitung des Oberamtmanns ergriffen der Vorsitzende des Senates und die bisherigen Vorstände der Stiftung "Hochschule für Frauen", Geh. Hofrat Prof. Dr. Rich. Schmidt, das Wort, um die Anstalt in die Hände des Oberbürgermeisters Dr. Roske zu übergeben. Dann dankte er allen seinen Kollegen sowie Oberstudiendirektor Dr. Präuser für ihre bisherige hingebende Tätigkeit.

Oberbürgermeister Dr. Roske sprach die Übernahme der Anstalt durch die Stadt aus und dankte vor allem dem Stifter der Anstalt, Geh. Rat Hinrichsen, der stets für seine Schöpfung eine offene Hand gehabt habe, er fügte hinzu, daß der Staat auch darüberhin die Anstalt materiell zu unterstützen bereit sei. Die bisherige Tradition in der Leitung der Anstalt solle auch in Zukunft im Geiste von Hartmut Goldschmidt berücksichtigt werden. Schließlich übergab Oberbürgermeister Dr. Roske das Seminar dem Oberstudiendirektor Dr. Präuser, den er allerdings noch nicht auf sein Amt verpflichten konnte, da die amtliche Bestätigung noch nicht eingetroffen war. — Geh. Rat Henry Hinrichsen nannte sich in seiner Ansprache mit Recht als Vater der Anstalt, während Henr. Goldschmidt sich stets mit Vorliebe als Mutter derselben bezeichnete. Zwar bedauerte auch er aufrichtig daß die Anstalt ihre Selbständigkeit und ihren Namen aufzugeben müsse, freue sich indessen doch von Herzen der Übernahme derselben durch den von ihm sehr verehrten Oberbürgermeister.

In seiner Festrede gab Oberstudiendirektor Dr. Präuser zunächst einen Abriss der Geschichte der Frauenschule. Eine Namensänderung der Anstalt mit der Übernahme durch die Stadt sei darum notwendig gewesen, weil sie schon lange nicht mehr eine allgemeine, sondern eine Berufsschule der Frauen geworden sei und somit die Bezeichnung "Hochschule" innerlich nicht mehr zutreffe. Nachdem Studiendirektor Dr. Präuser noch auf die Aufgaben der Anstalt im einzelnen eingegangen war, schloß er mit der Betonung seines Glaubens an die Zukunft derselben und einem Aufruf an alle ihre Freunde zu gemeinsamer Mitarbeit.

Die a. d. Gotha-Versammlung, die am 24. Oktober im großen Saale des Centralhauses hier stattfand, hat, wie schon kurz mitgeteilt, zu einer kommunistischen Anfrage im Landtag geführt. Von der Gotha wird der "Schächter der sinnlichen Revolution" genannt, und die Versammlung wird als eine ungeheure monarchistische Provokation bezeichnet. Seit Nachmittag schon sei das Versammlungshaus von 150 aktiven Schülern und einigen Hunderttausenden der Sipo beschützt worden. Dann folgten die Beschuldigungen gegen die Polizei, wie sie schon hier in der Stadtverordnetenversammlung am 26. Oktober von der Kommunistin Frau Schumann und von den Unabhängigen vorgebracht wurden. Verlangt wird, daß die betreffenden Beamten wegen ihrer Handlungswelt zur Verantwortung gezogen werden, und die Anfrage gäbe schließlich in der Aufforderung an die Regierung, in Zukunft ähnliche Provokationen der Arbeiterschaft zu verhindern, also solche Versammlungen nicht zu gestatten.

Frauenarbeit im Stadtverordnetenkollegium

Von Edith Mendelssohn-Bartholdy

Das Zusammenarbeiten der weiblichen und männlichen Kollegen gestaltete sich in der Deutsch-Demokratischen Fraktion der Leipziger Stadtverordnetenversammlung in den vergangenen Jahren durchaus harmonisch, da man auf beiden Seiten gleichmäßig bemüht war, mit Warmherzigkeit und Eifer der Sache zu dienen, den an das Kollegium gestellten Verpflichtungen gerecht zu werden und nur Qualitätsarbeit zu leisten.

Demjenigen, der ausmerksam die Sitzungen der Stadtverordneten verfolgt, wird deutlich geworden sein, daß die demokratischen Frauen sich mit Wärme und Interesse für die Förderung der Arbeiten auf allen Gebieten einsetzen, daß aber ihr Hauptanliegen gerichtet war auf die Fragen, die Mutter, Bildungswesen und soziale Fürsorge betrafen. Besonders wichtig erscheint das, was organisatorisch auf dem Gebiete des Kindesbildungswesens, in der Armen- und Jugendfürsorge und in den Bemühungen zur Hebung der Sittlichkeit (Abbau der Bordelle), zur Verbesserung der Zustände in den Krankenhäusern, bei der Gründung einer städtischen Schwesternschaft und bei der Übernahme des Krankenförderungswesens in städtische Verwaltung erreicht worden ist. Wenn wir in kürzerer Zeit nach nunmehr zweijährigen Vorarbeiten die Gründung eines Pilotenamtes für stillgeborene Frauen und Mädchen und ein diesem Amte unterstilles Schuhhaus erleben werden, so wird damit einem Antrag, der zweit bestimmt Widerstand begegnet, schließlich doch und in vollem Umfang entsprochen, und Leipzig tritt dann in die Reihe der Städte, die Vorbildliches in der Bekämpfung der Prostitution und der Unfruchtbarkeit leisten. In einer der kommenden Plenarsitzungen wird auch Bericht gegeben werden über das, was der Rat von den Wünschen erfüllt hat, die eine Anzahl hervorragender Leipziger Aerzte und in der Kinderfürsorge tätiger Persönlichkeiten mit mir vor ebenfalls zwei Jahren ihm und dem Kollegium in einer Einigung übermittelten. Es wird dadurch erwiesen werden, daß eine Reihe von Neuerungen und Verbesserungen beim Jugendamt erreicht worden ist, daß aber auf diesem Gebiete noch sehr viel für das kommende Kollegium zu tun bleibt. Vor allen Dingen wird das Kollegium weiter für die Schaffung eines selbständigen Dezernates für das Jugendamt einzutreten haben, da der Beweis, daß das Direktoriat dem Fürsorgeamt und dem Jugendamt die besseren Lebensbedingungen schaffe, vom Rat nicht erbracht ist. Auch verweisen die Statistiken und die hohen Sterblichkeitsziffern z. B. der Säuglinge im Jahre 1920 (mit 13,35 Proz. Mortalität aller Säuglinge, 11,09 Proz. der eben geborenen und 23,44 Proz. der außerehelich Geborenen) auf noch keineswegs befriedigende Ergebnisse unserer Fürsorge. So lange in Leipzig, das einst in der Sorge für seine außerehelich geborenen Kinder vorbildlich für alle Kulturstaaten gewesen ist, noch jedes 4. bis 5. unehelich geborene Kind wieder im ersten Lebensjahr stirbt, können wir uns mit den Maßnahmen der häblichen Fürsorge nicht zufrieden geben.

Das durch das lästige Gesetz vom Mai 1918 vorgeschriebene Wohlfahrtsamt wird in den nächsten Wochen in Leipzig begründet werden. Es wird hierbei darauf ankommen, nicht nur der Vorschrift und der Form zu genügen, sondern ein Amt zu schaffen, das den Anforderungen der sozialen Verhältnisse unserer Gemeinde voll gerecht wird und nicht nur die Notlage der Einzelnen durch Individualhilfe zu beheben sucht, sondern Hoffnungen von Berufs- und Altersgruppen erkennt und zweckmäßig verarbeitet.

Neben diesen organisatorischen Aufgaben gilt unser wärmstes Interesse bei der wirtschaftlichen Sicherstellung der Frauengruppen, die im Dienste der Gemeinde tätig sind. Den Arbeits- und Besoldungsverhältnissen der Arbeitnehmerinnen, der weiblichen Angestellten, der Beamten, der Lehrerinnen und Küchlein, der Krankenpflegerinnen, der Bäuerinnen, der Dienstmädchen und Küchlein, der Leichenfrauen, — den Lebensbedingungen der Kriegsheimkehrer, — allen ist unser Verständnis und unser Bemühen um ihr Wohl gewidmet.

Deshalb, Frauen und Männer Leipzigs, wählt am Sonntag und schenkt Euer Vertrauen der Liste

der Deutsch-Demokratischen Partei.

Schilderei auf dem Tanzboden. Wegen Landstreitbruchs hatte sich der Dienstherr Karl Franz Wilhelm Jahn aus Großprieslich vor den Geschworenen zu verantworten. Bei einem Tanzvergnügen im Gasthof Großprieslich kam es zu Ausschreitungen gegen den Gemeindeschef Lehmann. Das Ortsoberhaupt wurde von dem Angeklagten dorthin mit einem Spazierstock über den Kopf geschlagen, daß er drei Wochen an den Folgen des Schlags zu leiden hatte. Jahn wurde zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Allgemeine Viehhöhlung am 1. Dezember 1921. Am 1. Dezember 1921 wird auf Anordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft eine allgemeine Viehhöhlung vorgenommen, die sich auf Pferde, Maultiere, Esel, Kinder, Schweine, Ziegen, Hühner, Kaninchen und Bienevaölker erstreckt.

Tierschutzverbot mit der Tschechoslowakei. Wie das tschechoslowakische Pressebüro in Prag meldet, ist die Telephon- und Telegraphensperre aufgehoben worden.

Geschäftsverkehr. Wer kennt nicht diese historischen Räume in der Alten Wache am Markt, in welchem Hause auch das Weinhofe seine Stätte hat? Die Firma Gebrüder Eichel hat immer in ihrem Fach das Beste und Preiswerteste geboten. Die Gewirthschaft ist nunmehr dem langjährigen Mitarbeiter der Firma, H. Kuppe, übergeben worden, und mithin ist auch die Gewähr dafür geboten, daß sich die Weinläden von Gebrüder Eichel immer neue Kunden erwerben werden.

Berichtigung. Der Schluss der Anzeige über die Verleihung in der Käthekota-Jahnparka: wird in einer Tube eine Perle vermutet, so wird man zweckmäßig die Tube der Länge nach aufschneiden, es durch mißverständliche Übermittlung falsch wiedergegeben worden und führt es zu unzähliger Vergerbung wertvoller Juwelen. Der Passus sollte vielmehr den Verlauf des Schlußsatzes der heutigen Anzeige im Anzeigenteil haben: wo auf wie besonders hinzuweisen.

Massiv Rindleder

Aktenmappen
Mustermappen



Büchermappen
Notenmappen

F. A. Winterstein
Gegr. 1858
Hainstraße 2.

Koffer- und Lederwarenfabrik.
Größtes Spezialhaus für feine Lederwaren.

Leipziger Hochschulblätter

Hochschulpolitische Umschau

Gemäß den Gesetzenheiten des vielfach geschätzten Parlamentarismus ist auch der 1. Vorsitzende der Deutschen Studentenschaft, Holzwarth-Güting, eine Programmkreis geworden, die sich in Baden den wahren Prinzipien bewegt. Er warnt vor irgendwelchem Versuch, die Rechte des Studenten, wie sie das auch nicht offiziell bekannte Hochschulrecht bringen will, hinzunehmen zu wollen, als ob es zum Nutzen der Freiheit gegenüber der Reaktion bestehen wäre, wie sich diese allgemeine gütige Studentische Ehren- und Disziplinarordnung und verschafft dem Turn- und Sportwesen als Mittel zur Festigung der Volksgemeinschaft seine Beachtung zu schenken. Der Passus über die Auslandsbeziehungen ist recht eigenartig, „eine internationale Verständigung auf nationaler Grundlage“ wird erstrebt, ein Eintritt in die C.I.C kommt nur bei volliger Gleichberechtigung in Frage — als ob schon jemand eine andere Aufnahme gewünscht hätte. Die Frage der Hochschulreform ist nicht von heute auf morgen zu lösen, auch eine Wohltat, doch sie wird auch in jedem Jahr auf diese Weise nicht weiter gebracht werden. Es wird dann beklagt, daß sich einzelne Studenten in negativer Artikl am Staat gefallen und das Abhilfsmittel der „politischen Kolleg“ geprägt. Recht eigenartig ist der Schluss der Rede des Herrn Holzwarth, der doch wohl als Vorsitzender der Deutschen Studentenschaft mehr nicht korporierte Akademiker zu vertreten hat. Er richtet nämlich an die Korporationsstudenten, in erster Linie als Träger des studentischen Tradition“, die Aufforderung, „mitzuarbeiten an den großen Aufgaben der jüdischen Bewegung“. Die Wirklichkeit lehrt doch wohl zur Genüge, daß in den studentischen Wohlfahrtsanstaltungen ausschließlich nicht-korporierte sind.

Einen erfreulicher Ausblick erlaubt die von Schwabach Dresden ins Leben gerufene „Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft“, die durch Webung des „Selbsthilfes-Willens“ mit dem Wissensgegenstand endlich einmal Schluss machen will. Durch Ausbau juristisch lehrgelehrter und unter der verantwortlichen gemeinsamen Leitung von Studenten und Freunden der Studentenschaft sozialen Wirtschaftskörpers, wie sie schon an etwa 20 Hochschulen bestehen, soll eine Verbesserung des Studiums ermöglicht werden. In gemeinsamen Beratungen mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden soll die Ferienarbeit systematisch und energisch organisiert, ebenso Vorlesungen geschaffen und ausgebaut werden. Für die Finanzierung der ganzen Unternehmung soll, will man Industrie und Handel, Landwirtschaft und auch die Staatsbehörden gewinnen. Es ist nur zu wünschen, daß diese Bestrebungen, die ja vor allem von Schwabach ins Leben gezaugen werden sind, allgemeine Beachtung finden.

Die Hollandreise der 50 deutschen Studenten, über deren Abschluß wir schon berichtet haben, hat am 8. November von Essen aus begonnen. Am 11. November wird der Haag, am 12. November Rotterdam, am 18. November Delft, am 19. November Amsterdam und am 20. November wieder der Haag besucht werden. Am 21. November kehren die Teilnehmer nach Deutschland zurück. Hoffentlich sind die Niederländer über diese Auswahl von Altbürgern und Hochschulstudenten nicht allzu enttäuscht; die deutsche Studentenschaft hat jedenfalls die nötige „Werturkunde“, um sich derartige Dinge gefallen zu lassen.

Die Bestrebungen Frankreichs, durch eine umfassende Kultuspropaganda seine Freunde und die Neutralen immer enger sich zu versöhnen, sind allzu bekannt, als daß sie hier als „Neugier“ verzeichnet werden könnten. Einen interessanten Beitrag, wie man auch die Hochschulen können kann, einen Beitrag im Rahmen der studentischen Tätigkeit, bietet die Zeitschrift „Le Secolo“. Danach haben Stadt und Universität Paris mit der finanziellen Unterstützung des Barons Emile Deulofé de la Meurthe den Plan gefasst, eine neue große Hochschule nach dem Muster der Sorbonne in ihrer Blütezeit, zu bauen. Es soll eine kleine Stadt entstehen, worin die Angehörigen der verschiedenen Nationen besondere Wohnzentren mit allen Bequemlichkeiten des eigenen Landes finden werden. Anlagen mit Pavillons, Amphitheatern und Spielplätzen sollen auch den gesundheitlichen Anforderungen Rechnung tragen. Voraussetzung die amerikanischen Studenten möchte man gern auf diese Weise für die französische Hochschule gewinnen. In England ist der Plan von einer besonderen Vereinigung mit Ende aufgenommen worden und es werden einige Gelder gesammelt, um die „Colleges“ recht bald entstehen zu lassen. Mit den mittelalterlichen „Universitäten“ werden doch, so bemerkt die „Le Secolo“ etwas boshaft, „scholastische und politische Streitkraft“ nicht wieder auftauchen? — Wie sehr Amerika den französischen Ideen entgegenkommt, beweist die Nachricht, daß man zum Gedächtnis jedes in Frankreich geborenen Amerikaners ein Stipendium begründen will, das dann einem nach Frankreich gehenden Studenten bzw. Dozenten zugute kommen soll.

Wenn auch die Meldung der „Auslandspolitik“, daß die Pariser Hochschullehrer in der Presse klagen würden über ungünstige finanzielle Unterstützung der Universität, in einem Widerspruch zu den Offenbarungen dieses Artikels steht, so wird doch diese geplante Neugründung sich würdig den Versuchen antreiben, die Frankreich mit der Begründung der „Confédération internationale des étudiants“ begann.

England hat zu Zeit, wie der in Oxford abgehalten Kongress der Hochschulen des Empires zeigt, das wichtigste Problem eines angrenzenden Zusammenchlusses der Hochschulen der Dominions mit denen des Mutterlandes in den Vordergrund gerückt. Man hat erkannt, daß zu der politischen sich eine geistige Einheit gesellen muß und man befürchtet, die Dominions für ihre Kultur sich allzu sehr in Frankreich, Amerika und auch in Deutschland orientieren. Die Römer haben auf jenem

Kongress gefordert, daß das Mutterland energische Maßnahmen zur Reformierung und zum Ausbau der Hochschulen treffe.

Der „Il Secolo“ verlangt endlich in jenem Artikel, daß auch Italien in diesem internationalen Hochschulwettstreit nicht unätig bleibe.

Adolf E. Schwarz.

Politisches Seminar der Leipziger Universität. Unter dem Vorsitz eines Lehrers, des Prof. Dr. Goetz, sind die konstituierende Sitzung des politischen Seminars an der Leipziger Universität statt. Dem Seminar werden, für das die Referate an die Studierenden vergeben werden, fünf drei lebenslange Kurse angeboten; und zwar hält Dr. Leinert einen Kursus über „Die sozialen Grundlagen der Großstadtentwicklung“, Dr. R. Wolf über „Kriegsschuldfrage“ und Dr. Trever über „Einführung in die Soziologie“. Auf Grundlage dieser Kurse soll das politische Seminar im nächsten Jahr zur politischen Hochschule ausgebaut werden.

Besucherzahl der Universitäten. Im Sommersemester 1920 war die Besucherzahl der deutschen Universitäten im Vergleich zu dem vorhergehenden Wintersemester nicht unbedeutend gestiegen. Im Wintersemester 1920/21 ist dagegen wieder eine geringe Steigerung der Zahl der Studierenden eingetreten. Mit Ausnahme des Königreichs waren im Wintersemester 1920/21 84 557 Studenten gegen 84 142 im Sommersemester immatrikuliert. Davon entfallen auf Berlin etwa 12 500 Studierende. Über 3000 Studenten haben ferner München, Leipzig, Dresden und Bonn. Über 4000 hat Köln, über 3000 Münster, Frankfurt, Würzburg, Halle, Hamburg, Böblingen, Freiburg i. Br., über 2000 Studierende haben Tübingen, Heidelberg, Marburg, Jena, während zwischen 1000 und 2000 Aachen, Greifswald und Rostock.

Der 2. Kongress der Internationalen Universität in Brüssel vom 22. August bis 5. September 1921. An dem Kongress nehmen teil die Universitäten von 27 verschiedenen Ländern, die 297 Professoren entstammen. England 29, Frankreich 33, Italien 62, Spanien 3, Russland 14, Holland 16, Belgien 11, Schweiz 24, Rumänien 2, Japan 3, Ägypten 4, Irland 1, Tschechoslowakei 2, Polen 6, Vereinigte Staaten 25, Argentinien 1, Schweden 5, Dänemark 4, Serbien 1, Indien 1. Die Vertreter der Studentenschaften von 17 verschiedenen Ländern nehmen an den 14000 Kursen teil. Eine Reihe der berühmtesten Professoren der Welt halten Vorlesungen, wie z. B. Clarendon (Schweiz) Experimentelle Psychologie — Daguerre (Frankreich) Das östliche Recht und die Staatsverfassung — Bonlanger (Belgien) Die Lehre von der Rosenkreuzer-Philosophie — Middels (Schweden) Die Auswanderung nach dem Weltkrieg — Papot (Frankreich) Die Organisation der intellektuellen Arbeit — Padot (Indien) Die Melancholie der Hindus — Dubois (Almeria) Das Problem der schwarzen Rasse — Brodsky (Australien) Der Unterricht in Australien vor dem Kriege.

Der Kongress in Montpellier. Vom 29. Oktober bis 8. November findet in Montpellier der 10. Kongress des Zentralverbandes der französischen Studenten statt. In gleicher Zeit liegt dort das Bureau des Internationalen Studentenbundes. (I.S.B.) Mit der Einweihung eines Denkmals für Nobels und einer Ansprache des französischen Kultusministeriums nahmen die Verhandlungen ihren Anfang. Der Präsident der französischen Republik, die Minister und zahllose französische und ausländische Professoren nahmen an der Tagung teil. Die französischen Regierung hat auf ihre Kosten je 20 Studenten der Tschechoslowakei und Polens eingeladen. Die Arbeit ist auf fünf Kommissionen verteilt: Kommission für die ausländischen Studenten, Bestrebungen für militärische Fragen, für Universitätsgängelegenheiten, für Sport und für soziale Angelegenheiten.

Die Hochschulen der tschechoslowakischen Republik. Aus dem Budget des Unterrichtsministeriums, das sich gegen das des Jahres 1919 auf 1080 Millionen Kronen erhöht hat, ist zu entnehmen, daß die Hochschulen der tschechoslowakischen Republik im vorherigen Jahre von 28 155 Studenten besucht wurde, davon 9 Prozent Frauen waren. Diese Zahl verteilt sich mit 70 Prozent auf die drei tschechischen und 27 Prozent auf die deutsche Universität in Prag. Die deutschen Mitglieder des Budgetausschusses protestierten dagegen, daß die deutsche Universität in Prag im Sondervertrag ließmäßig behandelt wird, was eine Bedrohung des deutschen Volkes und eine Gefährdung seiner kulturellen Zukunft sei. Auch fordern die Deutschen die nationale Schulautonomie in der Republik. Ihr Antrag wurde abgelehnt.

Die Eröffnung des Wissenschaftlichen Instituts der Elsass-Lothringen im Reich in Frankfurt a. M. Die Eröffnungsfeier des Wissenschaftlichen Instituts der Elsass-Lothringen im Reich wird am 12. November stattfinden. Der 1. Vorsitzende, Geheimerat Professor Dr. Ehrhardt, wird die Fehlkreden halten. Ein wissenschaftlicher Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Franz Schulz beschreibt die Reise. Das Generalsekretariat ist seit dem 1. November in die Räume der Universität Frankfurt verlegt worden. Obenwohl hat dort die Bibliothek ihren Platz gefunden.

Athertonshaus an der Universität Köln. Nach amerikanischem Muster wird in diesem Semester ein Athertonshaus begründet, der alle ehemaligen Dozenten und Studenten der alma mater Colonensis umfassen soll. Die Mitgliedschaft soll ein dauerndes Kreisverhältnis aller ehemaligen „Athleten“ im In- und Ausland herstellen und soll gegenwärtige Hilfe und Veranerkennung über freie Stellen und die Berufsbildung der Universität ausüben. Der Verband soll der Mittelpunkt für alle Vereinigungen zugunsten der Hochschule werden.

Die wirtschaftliche Lage der Münchner Studentenschaft. Der bekannte Pädagoge der Münchner Universität Alois Fischer gibt in einer Broschüre beachtliche statistische Angaben über eine an den drei Münchner Hochschulen veranstaltete Statistik. Danach waren 1914/15 von den 18 300 immatrikulierten Studierenden 21 Prozent Söhne von Stadts-, Gemeindebeamten, akad. gebildeten Lehrern, Gelehrten, Dozenten, Apothekern, 18 Prozent Söhne von Offizieren und höheren Militärbeamten, 21,3 Prozent kommen aus den Kreisen mittlerer Beamter, aus landwirtschaftlichen Familien kommen 17 Prozent, aus Kaufmanns- und Handelskreisen 25,4 Prozent, Söhne von Handwerkern und Gewerbetreibenden waren 8 Prozent. Von Arbeitern u. m. 5,9 Prozent, von Rentnern 2 Prozent, von Angehörigen freier Berufe 0,9 Prozent. Diese Statistik beweist, daß die überwiegende Mehrheit aus dem minderbestimmten Mittelschicht herstammt. Der Normalmontagsaufzug im Wintersemester 1920/21 betrug 600 A.; doch von den bei ihren Eltern wohnenden Studenten erreichten 61 Prozent die Höhe des Wechsels nicht, ja 11 Prozent davon (an der Technischen Hochschule sogar 17 Proz.) hatten noch nicht einmal ein monotonisches Einkommen von 200,-. 1919/20 wurde ein Verein „Studentenbank München“ begründet, der die studentische Fürsorge planmäßig organisierte, so wurden mittags 2000 und über 1500 Studierende täglich zu ermäßigten Preisen beliefert. Daneben wurde eine Kleidungs- und Warenabgabe gestiftet.

Studentischer Vereinskalender, Erfurt, 11. November, abbl. 8 Uhr, Thüringer Hof, Deutscher Demokratischer Studentenverein: Dr. H. W. Schöffer: Maxmillian Harden.

Studentischer Sprechsaal

Diskussion

„Soziale Woche“ ist eine sehr schöne, lobenswerte Veranstaltung, und man wird uns sie lieber hingeben, als man ablehnen hören bekommt, wie Gertrud Bauer, Hermann Gramm, Ernst Siegmund-Schulte, Richard Schmidt, Paul Lilius und Walter Goeß und doch — — — Die Diskussion. Nichtiger belohn: Die Diskussion. Warum werden die Studenten nicht nach den Referaten mit singen hören (kurzen) Worten geschlossen und die Juhörer ihren guten Gebanen überlassen? Statt dessen eröffnet wir eine „Ansprache“, wie sie höchstens genannt wurde; ich meine sie auf Deutsch ein Gedöns. Ein und für sich gegen eine Ansprache nichts einzurichten. Aber — unter mehr als 500 Menschen in einer wertvollen Versammlung, die wirklich bildend und vertiefend wirken und nicht bloß eine willkürliche Gelegenheit zur Erprobung des Redekunst geworden ist, ist unmöglich. Rant sage einmal (unmöglich), ein Kreis, in dem eine harmonische Atmosphäre entstehen sollte, müsse sich bewegen zwischen der Sicht der Freien und der der Muhen. Es ist doch nun einmal so, daß in größeren (und organisierten) Versammlungen vielleicht durchaus nicht die besten Köpfe das Wort ergreifen, und so war es auch hier: von 17 Jahren an, vom Moskowiter bis zum Hohenkreuzer, aber glaubt, seine Sache entstehen zu müssen.

Einer der wenigen sympathischen Debattierredner, Prof. Theodore Lipp, traf den Nagel auf den Kopf, als er sagte: „Die ganze Gründung zeigt sehr deutlich die Hemmungen neuer Gemeinschaftsbildung. Keiner von uns weiß, wie sich die soziale Zukunft gestalten wird. Aber doch eine weiß ich: Alle Mann an Bord! Wo soziale Zeiten gekreist werden, da wird ein Stück sozialen Hafes.“

Walter Zoder, cand. rer. pol.

Die Aufgabe der Leipziger Hochschulblätter. Was studentischen Kreisen geht uns die folgende Aufführung, die sich mit unserer Zeitung beschäftigt, zu: „Diese neuen Beilage des Leipziger Tageblatts soll kein Zusatz an irgendeine Zeitung sein, doch auch ebenfalls ein Blatt, das etwa nur für Studenten bestimmt wäre. Wie kann auch gleichzeitig die Studentenschaft zu dieser Bevorzugung? Durch diese Wähler soll in den Jungakademikern der Sinn für die Einordnung ihrer Interessen in die der Volksgemeinschaft gemedit werden; sie sollen hier eine Stelle finden, wo sie ihre Probleme erörtern und lören können, doch diese neue Beilage soll vor allem, dem wahren Wesen der Zeitung entsprechend, ein getreuer Spiegel der aktuellem hochschulpolitischen und allgemeinstudentischen Angelegenheiten sein. Jeder Staatsbürger soll hier das Wohlsein an Hochschulproblemen finden und dadurch Interesse gewinnen an dem Schicksal der deutschen Hochschulen, die ja doch vor allem mit der geistigen Zukunft der Nation und damit der Nation schlechthin verknüpft sind. Wir sehen in allen Ländern, wie die Hochschule aus ihrer abseitigen Stellung herausgerissen und zu einem der wichtigsten Faktoren einer umfassenden Kulturdurchbildung gemacht wird.“

Eine kleine Rechnung. Gelegentlich des Rektoratswechsels charakterisierte 42 Verbindungen. Dazu waren 42 Wagen mit je zwei Personen nötig. Der Wagen kostete im Durchschnitt 200 Mark. 40×300 ist 12 000 Mark. Dazu kommen noch die Löhne für die Conduite und sonstige Ausgaben. Was hätte sich die Leipziger Studentenschaft dafür leisten können? Solcher Luxus paßt schlecht zu den kostbarsten Werken des Corpsverbandes über die Rolle des Vaterlandes. Könnte man nicht auch zu Fuß gehen zu dieser Feier? Es wäre doch zweitlass „handgemäder“ und gesichtigt. S. in Jen. schon seit Jahren. Eine einzige Verbindung soll übrigens den „Ausflugs-Luxus“ sich nicht geleistet haben. Stud. phil. Adolf Schwarz.

Satissaktion! Von der Burschenschaft „Aemilia“ Leipzig geht aus folgende Aufführung zu: „Die Behauptung, daß die Deutsche Burschenschaft den Boden der unbedingten Sozialistion verlassen und deshalb eine Ringbildung mit den Corps und Landsmannschaften abgelehnt habe, entspricht nicht den Tatsachen.“ Hierzu möchten wir bemerken, daß in dem betreffenden Artikel vom 28. Oktober (Studentische Ehrenordnungen und Ehrengerichte) nicht von der Deutschen Burschenschaft, sondern nur von Burschenschaften die Rede ist. Es gibt aber bekanntlich auch Burschenschaften, die anderen Karneien angehören und die durchaus die Bezeichnung rechtfertigen, daß auch Burschenschaften von der unbedingten Sozialistion abweichen. Ob diese denn der „Deutschen Burschenschaft“ gleichberechtigt sind, darüber mögen sich die streiten, die es angeht. Immerhin, es wäre erstaunlich, wenn auch die Korporationen der Deutschen Burschenschaft dem „Waffenstudenten“ Balst Jagdgen S. stud. phil. Adolf Schwarz.

Akademische Zeitschriften

Die Akademisch-Soziale Monatsschrift. Für alle Freunde der akademisch-sozialen Bewegung ist die obengenannte Zeitschrift, die Lic. Dr. Siegmund-Schulte in Berlin herausgibt, von besonderem Interesse. In der letzten Nummer (September) beginnt eine Artikelreihe des von dem 1. April der Sozialen Woche der bekannten Hermann Gramm über „das Volkshaus im Industriedorf“. Der erste Aufsatz bietet eine sehr eindringliche Schilderung des Lebens eines Industriedorfes, spricht über die Lebenshaltung, das geistige Leben, die sozialen Gegebenheiten usw. Gramm beschönigt nichts, sondern läßt selbst rücksichtslos die Zustände, wie sie sind, weil er weiß, daß sie mit ihm arbeiten, sich als Mittschädige fühlen; es hat keinen Sinn, vor der Wahrheit die Augen zu verschließen und über den Liebesstand logischen und geistigen Lebens in unserem Volke zu läugnen ...“

Horizontus, Blätter für das Studentenamt (Sachsen-Anhalt). Wenn man den Untertitel dieser „zwecklos veröffentlichten und kostspielig abgegebenen“ Blätter liest, ist man zweitlass sehr neugierig, auf die als „für das Studentenamt“ bezeichneten Blätter. Doch was ist das „Studentenamt“? Ein ganz altes und wie wir meinen, allmählich untergegangenes. Das bezeugt schon eine Anzeige des Herausgebers, der Kommerschulamt zum Preise von 500,- R. pro Stück (1919) anbietet. Die ganze Zeitschrift überhaupt stellt sich als ein Reklameunternehmen für den Kommerschulamt des Verlags dar. Im übrigen hat man die Mentalität des „waffenfreudigen“ Teiles der Studentenschaft sehr gut ergriffen, davon zeugt neben dem Überschreiben „Patriotismus aller Länder, vereint euch“ und „Sie sollen uns nicht haben“ auch der Inhalt dieser Elaborate.

Die Hochschule, Blätter für akademische und politische Bildung (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik). Diese jedem Baudemker aus seinem Kreis lieben die bekannte Zeitschrift bringt in ihrem letzten Heft einen Aufsatz von Dr. Theodor Hesch über „Sozialistisch im Staate“, von Max Mann einen offenen Brief zur Judenfrage und einige Beiträge über den Stand der katholischen internationalen Verbindungsbewegung.

Scharlachberg Meisterbrand

Bingen a. Rh.

Vorsteher Paul Griebe, Leipzig, Wettinerstraße 32

Ausgereift und köstlich.

